



2019/20 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2019/20/sie-wollen-doch-nur-spielen>

Solidarität mit den Ferienkommunisten!

Sie wollen doch nur spielen

Kommentar Von **Viola Nordsieck**

Der deutsche Kontrollwahn greift weiter um sich: Der Fusion, einem der größten linken Musikfestivals in Europa, droht das Aus.

Ende Juni soll erneut das Fusion-Festival stattfinden, auf einem ehemaligen Flughafen in Lärz an der Müritz. Seit 22 Jahren gibt es diese Veranstaltung, mit einer Pause zur internen Neuorganisation im Jahr 2017. Aus der Techno-Bewegung entstanden, sollte die Fusion immer mehr sein als eine Feierveranstaltung mit Bass und Drogen: ein selbstorganisierter, nichtkommerzieller DIY-Freiraum, der mittlerweile auf 70 000 Besucherinnen und Besucher angewachsen ist. »Man kann das nicht mit anderen Großveranstaltungen vergleichen«, sagt Linus Neumann vom Chaos Computer Club, einer von 200 teils politischen Gruppen, die die Fusion unterstützen. Neumann ist einer der Pressesprecher für den Verein Kulturkosmos. »Hier greift die Kultur der Umgebung auf die Leute über, die kommen: Rücksicht, Eigenverantwortung, Achtsamkeit«, sagt Neumann über die Fusion.

Ob das Festival dieses Jahr stattfinden kann, ist hart umkämpft. Der Polizeipräsident von Neubrandenburg, Nils Hoffmann-Ritterbusch, hat das ihm vorgelegte Sicherheitskonzept abgelehnt. Die Polizei fordert, eine Wache auf dem Gelände errichten und »anlasslos das Gelände bestreifen« zu dürfen. Bisher wurden meist nicht einmal die Sicherheitsleute gebraucht, die da waren. Der Verein sei auch bereit, eine Polizeistation einrichten zu lassen – draußen vor dem Zaun, da niemand die Polizei die ganze Zeit sehen wolle, sagt Mitveranstalter Martin Eulenhaupt. Bisher habe man mit der Polizei immer »auf Augenhöhe« reden können, so Eulenhaupt, doch nun gebe es eine Situation, »in der keinerlei Annäherung mehr ersichtlich« sei.

Hoffmann-Ritterbusch, der sein Amt seit Mai 2016 ausübt, hat das Festival des Jahres 2018 genehmigt. Seit dieser Veranstaltung, auf der es keine besonderen Vorkommnisse gab, vertritt er die Position, dass es Änderungen geben müsse. Immer wieder verweisen Behördenvertreter beispielsweise auf das Unglück bei der Love Parade in Duisburg 2010 – obwohl die örtlichen Verhältnisse überhaupt nicht vergleichbar sind.

Hoffmann-Ritterbusch stützt sich mit seinem Ansinnen auf die geänderte Versammlungsstättenverordnung von Mecklenburg-Vorpommern, die 2018 in Kraft trat

und mehr Vorgaben macht als bisher, beispielsweise zu Rettungswegen und Brandschutz. Zudem steht Hoffmann-Ritterbusch dem CDU-Innenminister Lorenz Caffier nahe, der für eine autoritäre Politik eintritt, die die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, in der Taz als »populistischen Kontrollwahn« charakterisierte. Vor der anstehenden Europawahl sorgt sich die CDU in Mecklenburg-Vorpommern um den Verlust rechter Wähler an die AfD – diese wurde 2016 bei der Landtagswahl zweitstärkste Kraft. Darin dürfte letztlich das Motiv liegen, die als links geltende Fusion in Frage zu stellen.

»Stinksauer, entsetzt und fassungslos« ist hingegen der Bürgermeister des benachbarten Mirow, Henry Tesch, ebenfalls Mitglied der CDU. Wenn man »uns immer wieder Strukturen zerschlägt«, sagt Tesch, müsse man sich über den Ruf des Ostens nicht wundern. Am Sonntag demonstrierten in Lärz etwa 250 Menschen aus der Gegend für den Erhalt »ihrer Fusion«. Diese Woche will das Amt Röbel / Müritz dem Nordkurier zufolge eine Entscheidung treffen – die dann möglicherweise Gerichte beschäftigen wird.

Nun kann man den sogenannten Ferienkommunismus der Fusion durchaus kritisieren. Es mag nicht besonders politisch sein, sich für ein paar Tage die Birne wegzuballern und dabei von einer besseren Welt zu träumen. Die Veranstalter der Fusion haben auch schon BDS-nahe Workshops zugelassen, allerdings sind sie bereit, sich mit der Kritik an deren israelfeindlichen Inhalten auseinanderzusetzen. Falls das Festival stattfindet, ist ein Podium mit Jutta Ditzfurth zu diesem Thema geplant.

Ob man die Fusion nun mag oder nicht, ob man sie als politisch links und emanzipatorisch anerkennt oder für eine längst in der Mitte der Gesellschaft angekommene liberale Party hält – es ist bezeichnend für die rechtspopulistische Offensive, dass suggeriert wird, eine Veranstaltung dieser Größe könne gar nicht ohne umfassende Polizeipräsenz funktionieren. Man muss die Fusion nicht mögen, verteidigen gegen diesen Angriff sollte man sie dennoch.